RESILIENZ GEGENÜBER DESINFORMATION – EMPFEHLUNGEN FÜR EU-POLITIKEN

Dezember 2025

WELTJUGENDALLIANZ SÜDOSTEUROPA
PROJECT DECIDE

Co-funded by the European Union

Inhalt

Einleitung 2

Konferenz in Brüssel 3

Empfehlungen 4

Schlussfolgerung 10

u ime obitelji

World Youth Alliance Southeast Europe

PLATTFORM CHRISTDEMOKRATIE

ATEITININKAI

Co-funded by the European Union

Einleitung

Ein tiefes Bewusstsein für das Tempo und den technologischen Fortschritt der Gegenwart ermutigt uns, über die übermäßige Menge an Informationen nachzudenken, die in diesem digitalen Zeitalter täglich an die Welt übermittelt werden. Unter den zahlreichen Informationen gibt es auch eine große Menge an Desinformation, was äußerst schwierige Umstände schafft, deren Genauigkeit und Glaubwürdigkeit zu überprüfen, weshalb das Project Decide gestartet wurde.

DECIDE – Democratic Engagement through Critical Information Discernment and Education ist ein zweijähriges Projekt, das von der EU im Rahmen von CERV-2023-CITIZENS-CIV finanziert wird und von der Vereinigung In the Name of the Family (Kroatien) mit Partnern aus Österreich, Litauen und Kroatien geleitet wird und von Juni 2024 bis Mai 2026 umgesetzt wird. Im Rahmen des Projekts fand vom 19. bis 21. November 2025 in Brüssel eine dreitägige Konferenz mit dem Titel "How to DECIDE on Future Policies" als siebte Veranstaltung des Projekts statt.

Die Diskussionen drehten sich um eine Reihe von Werkzeugen, die verwendet werden können, um inakzeptable Situationen und Umstände im Zusammenhang mit Desinformation zu überprüfen. Eine ordnungsgemäße Überprüfung von Informationen erfordert, Zeit einzuplanen und den Willen dazu zu haben, aber auch Unabhängigkeit von jeder politischen Partei, Ideologie oder öffentlichen Akteurin. Neben der oben genannten Überprüfung ist es notwendig, kritisch zu denken sowie den Kontext der empfangenen Informationen zu berücksichtigen, was mit einem hohen Maß an Medienkompetenz möglich ist. Zusätzlich zu all dem ist eines der Hauptziele des Projekts, einen aktiven und unparteiischen Dialog zwischen EU-Bürgern und Entscheidungsträgern über politische Prioritäten nach den Europawahlen 2024 zu ermöglichen.

Wie bereits erwähnt, ist der Projektleiter der Verein In the Name of the Family (Kroatien), und die Partner sind: Plattform Christdemokratie (Österreich), Ateitininkų Federation (Litauen) und die World Youth Alliance Southeast Europe (Kroatien). Die Konferenz im Europäischen Parlament brachte mehr als 30 Abgeordnete, Partnervertreter, Journalisten und Medienfachleute, Vertreter der Zivilgesellschaft und NGO-Führer aus Kroatien, Litauen und Österreich sowie Experten für Medienkompetenz, Desinformation, digitale Kommunikation und EU-Politikgestaltung zusammen.

Während der Konferenz tauschten die Teilnehmer durch strukturierte Diskussionen, Podiumsdiskussionen und Runden Tische Beobachtungen, Erfahrungen, Anliegen und Vorschläge im Zusammenhang mit den Auswirkungen von Desinformation auf demokratische Prozesse und das tägliche Leben der Bürger aus. **Die in diesem Dokument enthaltenen Schlussfolgerungen und Empfehlungen sind eine direkte Folge dieses Prozesses gemeinsamer Reflexion und des Dialogs.**

Co-funded by the
European Union

Konferenz in Brüssel

Die Brüsseler Konferenz beinhaltete Diskussionen zu Themen der europäischen Politikgestaltung in der Post-Truth-Ära. Darüber hinaus umfassten die Podiumsdiskussionen, Diskussionen und der Round Table Diskussionen über Fehlinformationen und Desinformation als Bedrohung für den europäischen demokratischen Prozess, DSA, die Bedeutung der Anerkennung von Desinformation und Bildung zur Medienkompetenz, Zensur und Meinungsfreiheit, Mediendiskurse in Bezug auf die Zivilgesellschaft, Menschenrechte und -freiheiten sowie mögliche Bedrohungen dieser Rechte und Freiheiten. Dazu gehörten die Stärkung des institutionellen sowie regulatorischen Rahmens, die Betonung der Objektivität von Faktenprüfern, Betonung der Bedeutung der Medienbildung der Bürger (insbesondere der Jüngsten) und der Prägung ihrer eigenen Haltung als Grundlage für fundierte Entscheidungen – konkrete Beispiele im Bereich aktueller Politik, Kunst, Kultur und Journalismus.

Ein besonderer Wert der Konferenz lag in der aktiven Beteiligung von Bürgern und Vertretern der Zivilgesellschaft, die zusammen mit Experten und politischen Akteuren gleichermaßen an den Diskussionen teilnahmen. Durch einen offenen Dialog wurden spezifische Anliegen der Bürger hervorgehoben sowie Vorschläge für Lösungen, die später zu Empfehlungen für europäische Politiken wurden.



Co-funded by the European Union

Empfehlungen

Die folgenden Empfehlungen stellen die gemeinsamen Schlussfolgerungen und Vorschläge der Teilnehmer der dreitägigen Konferenz "How to DECIDE on Future Policies" dar, die vom 19. bis 21. November 2025 in Brüssel im Rahmen des DECIDE Projekts stattfand.

1. Stärkung des institutionellen und regulatorischen Rahmens

Die Konferenzteilnehmer wiesen darauf hin, dass die Stärkung des institutionellen und regulatorischen Rahmens entscheidend für eine systematische und langfristige Reaktion auf das Problem der Desinformation ist. Institutionen sollten klar definierte Verantwortlichkeiten, Kooperationsmechanismen und Werkzeuge haben, um Desinformationskampagnen zu überwachen und darauf zu reagieren. Um dies zu erreichen, ist es notwendig:

- **Die Entwicklung klarer nationaler Strategien zur Bekämpfung von Desinformation,** darunter die Koordination zwischen Ministerien, Regulierungsbehörden, Medienräten und dem Bildungssektor. Die Strategie muss messbare Ziele und Zeitrahmen haben.
- **Stärkung der Rolle der Medienaufsichtsbehörden**, insbesondere in den Bereichen Eigentumstransparenz, Kennzeichnung gesponserter und politischer Inhalte sowie Aufsicht über digitale Plattformen.
- **Einführung einer Verpflichtung zur Transparenz bezüglich Algorithmen** (soweit möglich) für große Online-Plattformen, insbesondere bei der Empfehlung von Inhalten, die soziale Auswirkungen haben könnten.
- **Sicherstellung des rechtlichen Schutzes der Meinungsfreiheit,** wobei Desinformation klar von legitimen Meinungen oder Satire unterschieden wird, um sicherzustellen, dass die Maßnahmen nicht zur Zensur verwendet werden.
- **Etablierung von Krisenprotokollen** für eine schnelle institutionelle Reaktion in Situationen massiver Verbreitung von Desinformation (z. B. während Wahlen, Krisensituationen oder Herausforderungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit).
- **Förderung der internationalen Zusammenarbeit**, insbesondere innerhalb der EU und regionaler Initiativen, um Daten, bewährte Praktiken auszutauschen und gemeinsam auf grenzüberschreitende Desinformationskampagnen zu reagieren.
- **Die konsequente Umsetzung des Digital Services Act (DSA),**was bedeutet, dass es strengere Kontrollen riskanter algorithmischer Systeme und mehr Transparenz bei der Werbung sowie eine Verpflichtung für Plattformen geben sollte, das systemische Risiko von Desinformation zu bewerten und zu verringern.
- **Standardisierung der Methodik zur Erkennung und Überwachung von Desinformation durch das European Digital Media Observatory (EDMO), das** als Zentrum für eine grenzüberschreitende und multidisziplinäre Gemeinschaft unabhängiger Faktenprüfer, akademischer Forscher und anderer relevanter Akteure für die Zusammenarbeit dient.

- **Einrichtung nationaler Zentren zur Bekämpfung von Informations- und Kommunikationsbedrohungen,** koordiniert mit EDMO.

Ein starker institutioneller Rahmen sollte nicht ausschließlich auf Sanktionen basieren, sondern auf Prävention, Transparenz und Zusammenarbeit. Die Regulierung muss mit technologischen Entwicklungen Schritt halten, aber auch das öffentliche Vertrauen durch Klarheit sichern.

2. Betonung der Rolle der Bildung

Bürger und Experten hoben hervor, dass Bildung eines der effizientesten langfristigen Werkzeuge ist, um die Resilienz der Gesellschaft gegenüber Desinformation zu stärken. Die starke Förderung der Medienkompetenzinitiative ist eine der wichtigen Maßnahmen der Europäischen Union (EU), die Bürger befähigt, Informationen online kritisch zu bewerten. Es besteht die Möglichkeit, Ressourcen wie die Richtlinien der Europäischen Kommission für den Unterricht über Desinformation zu nutzen. Es ist wichtig, die bereitgestellten und verfügbaren Methoden und Werkzeuge zu nutzen, um eine globale Entwicklung der Medienkompetenz zu erreichen und Bürgern zu ermöglichen, Informationen eigenständig zu bewerten. Die wichtigsten Schritte sind:

- **Einführung von Medien- und Informationskompetenzthemen in formale Lehrpläne** auf allen Bildungsebenen als fächerübergreifende Inhalte oder als eigenständige Lehreinheiten.
- **Die Aus- sowie Weiterbildung von Lehrkräften und Professoren**, damit sie die Erkennung von Desinformation, Informationsquellen und digitaler Manipulation lehren können.
- **Födererung des problemorientierten und explorativen Lernen**, bei dem die Schüler reale Beispiele für Desinformation analysieren, Quellen vergleichen und sich an vernünftigen Diskussionen beteiligen.
- **Die Entwicklung digitaler Kompetenzen**, einschließlich eines Verständnisses von Algorithmen, sozialen Netzwerken und der Aufmerksamkeitsökonomie, damit die Schüler verstehen, warum bestimmte Inhalte verbreitet werden.
- **Förderung der Zusammenarbeit zwischen Schulen, Medien und dem zivilen Sektor** durch Workshops, Gastvorträge und gemeinsame Projekte.

Bildung sollte keine einmalige Maßnahme sein, sondern ein kontinuierlicher Prozess, der mit technologischen und sozialen Veränderungen Schritt hält. Systematische Investitionen in Bildung schaffen Generationen, die widerstandsfähiger, unabhängiger und verantwortungsbewusster im Informationsbereich sind.

3. Förderung der Medienkompetenz der Jüngsten

Die Teilnehmer waren sich einig, dass Kinder und jüngere Schüler in zunehmend jungen Jahren mit digitalen Inhalten in Kontakt kommen, weshalb es notwendig ist, Medienkompetenz schon

im jüngsten Alter altersgerecht und pädagogisch sicher zu entwickeln. Die Empfehlungen lauten:

- **Die Einführung von Medienkompetenz in der frühkindlichen sowie vorschulischen Bildung,** etwa durch Spiele, Geschichten und einfache Aktivitäten, die dazu beitragen, zwischen realen und fiktionalen Inhalten zu unterscheiden.
- **Entwicklung maßgeschneiderter Lehrmaterialien**, visuell und interaktiv, die die grundlegenden Konzepte wie Nachrichten, Anzeigen, Quellen und die Absicht der Botschaft erklären.
- **Die Einbeziehung von Eltern sowie Erziehungsberechtigten** durch Bildungsworkshops und Leitfäden ein, damit sie Kinder bei der sicheren Nutzung von Medien zu Hause unterstützen können.
- **Förderung der Entwicklung emotionaler Kompetenz**, da Desinformation oft Emotionen wie Angst oder Aufregung anspricht, was besonders bei Kindern wichtig ist.
- **Bringen Sie Kindern bei, Fragen zu stellen,** zum Beispiel: Wer hat das getan, warum, kann ich woanders nachfragen?

Das Ziel ist es nicht, Kinder mit komplexen Konzepten zu belasten, sondern die Grundlagen einer kritischen Haltung gegenüber Information zu entwickeln. Früh angenommene Gewohnheiten werden zur Grundlage verantwortungsvollen Verhaltens im späteren digitalen Leben.

4. Die Objektivität von Faktenprüfern hervorheben

Während der Diskussionen wurde anerkannt, dass Faktenprüfer eine wirklich Schlüsselrolle im Kampf gegen Desinformation spielen, ihre Wirksamkeit jedoch vom öffentlichen Vertrauen in ihre Objektivität und Unabhängigkeit abhängt. Daher ist es notwendig zu:

- **Die Bereitstellung klarer sowie öffentlich zugänglicher Arbeitsmethoden,** um zu erklären, wie Fakten überprüft, welche Quellen verwendet werden und wie letztlich Schlussfolgerungen gezogen werden.
- **Die Betonung der Unabhängigkeit von politischen sowie wirtschaftlichen Interessen,** einschließlich der transparenten Finanzierung von Faktenprüfungsorganisationen.
- **Anwendung derselben Kriterien auf alle Akteure,** unabhängig von politischer oder ideologischer Zugehörigkeit.
- **Die offene Korrektur eigener Fehler,** denn Transparenz bei Fehlern stärkt die Glaubwürdigkeit.
- **Kommunikation der Ergebnisse klar und zugänglich,** das heißt, sie sollten klar und verständlich erklärt werden, ohne das Publikum zu unterschätzen oder Ansichten aufzuzwingen.

Objektivität ist eine Kommunikationsverantwortung, und Vertrauen wird durch Konsistenz, Offenheit und professionelle Standards aufgebaut.

5. Erkennen und Gegenmaßnahmen von Desinformation

Es wurde festgestellt, dass die wirksame Bekämpfung von Desinformation eine Kombination aus technologischen, bildungsbezogenen und sozialen Maßnahmen erfordert, die präventiv und reaktiv wirken. Die Maße sind wie folgt:

- **Entwicklung von Werkzeugen zur frühzeitigen Erkennung von Desinformation,** einschließlich Analyse von Trends, Erzählungen, Veröffentlichungsdaten und Verbreitungsquellen.
- **Ermutigung der Bürger, sich aktiv zu engagieren** , indem sie verdächtige Inhalte melden und sich an der Aufklärung beteiligen.
- **Einsatz sogenannter "Prebunking"-Strategien** und Warnung im Voraus vor typischen Desinformationsmustern, bevor sie sich verbreiten.
- **Die Zusammenarbeit zwischen Plattformen, Medien und Institutionen zu stärken**, um die Verbreitung schädlicher Inhalte zu verringern, ohne die Meinungsfreiheit zu beeinträchtigen.
- **Entwicklung von Resilienz, nicht nur Reaktion, und** Konzentration darauf, das kritische Denken langfristig zu stärken.
- **Verbesserung der Maßnahmen kontinuierlich** und ständige Überwachung der Wirkung von Maßnahmen, um reagieren und sich verbessern zu können.

Die Bekämpfung von Desinformation ist kein Einzelhandel, sondern ein kontinuierlicher sozialer Prozess, der auf allen Ebenen Engagement erfordert, vom Individuum bis zur Institution.

6. Bildung zu EU-Politiken

Die Teilnehmer waren sich einig, dass ein klares Verständnis der tatsächlichen Politik und Aktivitäten der EU dazu beitragen kann, verschiedene unbegründete Behauptungen und Manipulationen zu identifizieren, die sich gegen demokratische Prozesse wie Wahlen richten. Einige Möglichkeiten sind:

- **Beteiligung an EU-Initiativen,** denn es gibt verschiedene von der EU finanzierte Projekte und Aufrufe, an denen Bürger teilnehmen können, die darauf abzielen, Desinformation zu bekämpfen und die Medienkompetenz zu stärken. Ein solches Projekt ist DECIDE.
- **Einbeziehung von Bildung zu EU-Politiken in formaler und nicht-formaler Bildung mit** besonderem Schwerpunkt auf Medienkompetenz und lebenslangem Lernen.
- **Förderung der Nutzung offizieller Informationsquellen,** wie die Websites der Europäischen Kommission oder des Europäischen Parlaments, und Information der Bürger darüber, wie sie die auf diesen Plattformen verfügbaren Informationen und Dokumente überprüfen können.
- **Entwicklung der Fähigkeit, Inhalte über die EU in den Medien und in sozialen Netzwerken kritisch zu analysieren,** einschließlich der Unterscheidung von Fakten von Meinungen, Kommentaren und Propagandabotschaften.

- **Konzentration auf Bildungsaktivitäten darauf, häufige Desinformationsnarrative zu entlarven**, etwa solche, die die demokratische Legitimität der EU infrage stellen oder Wahlprozesse falsch darstellen.
- **Förderung der Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen, den Medien und der Zivilgesellschaft**, um qualitativ hochwertige, zugängliche und gesellschaftlich relevante Bildungsinhalte sicherzustellen.

Aufklärung zu EU-Politiken darf nicht als Öffentlichkeitsarbeit gesehen werden, sondern als Instrument zur Stärkung der Bürger. Informierte Bürger erkennen eher Manipulationen, treffen Entscheidungen auf Basis von Fakten und nehmen aktiv an demokratischen Prozessen teil. Dies stärkt das Vertrauen in Institutionen und die langfristige Resilienz der Gesellschaft gegenüber Desinformation.

7. Stärkung der sektorübergreifenden Zusammenarbeit und des gesellschaftlichen Engagements

Es wurde betont, dass ein wirksamer Kampf gegen Desinformation koordinierte Maßnahmen verschiedener Akteure, Institutionen, des Bildungssystems, der Medien, der Faktenprüfer, der Zivilgesellschaft und der Bürger selbst erfordert. Isolierte Maßnahmen haben nur begrenzte Wirkung, während die sektorübergreifende Zusammenarbeit einen umfassenden und nachhaltigen Ansatz zur Stärkung der Resilienz gegenüber Desinformation ermöglicht. Um dies zu erreichen, ist es notwendig:

- **Etablierung formeller Kooperationsmechanismen** zwischen staatlichen Institutionen, Regulierungsbehörden, Medien, Bildungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich mit Medienkompetenz und Faktenprüfung befassen.
- **Förderung des Austauschs von Informationen und guten Praktiken,** einschließlich gemeinsamer Wissensbasen, regelmäßiger Treffen und koordinierter Reaktionen im Falle der Verbreitung von Desinformation.
- **Einbezug lokaler Gemeinschaften,** Bibliotheken, Schulen und Kulturzentren als Orte für Bildung und öffentlichen Dialog über Desinformation und verlässliche Informationsquellen ein.
- **Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft**, die oft direkten Kontakt zu Bürgern hat und Bildungsinhalte an die spezifischen Bedürfnisse verschiedener Gruppen anpassen kann.
- **Förderung der Zusammenarbeit mit digitalen Plattformen,** während die Meinungsfreiheit respektiert wird, um schädliche Inhalte schnell zu erkennen und einzuschränken.
- **Einbezug der Bürger als aktive Teilnehmer** durch Kampagnen, Workshops und Werkzeuge zur Meldung verdächtiger Inhalte ein.
- **Gewährleistung der Transparenz der Zusammenarbeit** , um den Eindruck politischer Voreingenommenheit oder untransparenter Maßnahmen zu vermeiden.

Die Stärkung der sektorübergreifenden Zusammenarbeit schafft ein kohärentes Resilienzsystem, in dem Desinformation nicht nur durch Reaktionen, sondern durch kollektive präventive Maßnahmen der gesamten Gesellschaft bekämpft wird.



Co-funded by the European Union

Schlussfolgerung

Resilienz gegenüber Desinformation ist entscheidend, um das Vertrauen der Bürger in Institutionen, Medien und demokratische Prozesse aufrechtzuerhalten. Der moderne Informationsraum, geprägt von einer raschen Verbreitung von Inhalten und komplexen politischen Narrativen, erfordert einen umfassenden Ansatz, der Regulierung, Bildung und soziale Zusammenarbeit kombiniert. Die Stärkung des institutionellen und regulatorischen Rahmens ermöglicht koordiniertes Handeln und eine zeitnahe Reaktion, während Bildung und Medienkompetenz die Fähigkeit der Bürger stärken, ungenaue oder manipulative Informationen zu erkennen. Besonders wichtig ist es, die Jüngsten einzubeziehen, da die frühe Bildung die Grundlage für kritisches Denken und verantwortungsvollen Umgang mit den Medien schafft. Zuallererst ist es entscheidend, objektive Informationsverifikationsinstrumente zu haben, um kritisches Denken und die Fähigkeit zu entwickeln, der Verbreitung von Desinformation entgegenzuwirken. Die Europäische Union spielt in diesem Bereich eine Schlüsselrolle, da sie in Projekte investieren kann und sollte, um die Objektivität von Faktenprüfern zu schützen. Faktenprüfer und Aufklärung zu EU-Politiken erhöhen die Resilienz der Gesellschaft weiter. Transparente und zugängliche Kommunikation der Ergebnisse sowie ein klares Verständnis der tatsächlichen Politiken und Kompetenzen der EU helfen den Bürgern, zwischen verifizierten Informationen und unbegründeten Behauptungen zu unterscheiden. Die Etablierung sektorübergreifender Zusammenarbeit zwischen Institutionen, Bildung, Medien, Zivilgesellschaft und Bürgern schafft ein kohärentes System der Resilienz. Ein solcher Ansatz ermöglicht die frühzeitige Erkennung von Desinformation, deren wirksame Bekämpfung und die Förderung einer informierten Teilhabe am demokratischen Leben.

Schließlich trägt ein projektbasierter Ansatz, der Regulierung, Bildung, Faktenprüfung und Zusammenarbeit sozialer Akteure kombiniert, zur Schaffung einer widerstandsfähigen, informierten und demokratisch verantwortlichen Gesellschaft bei.

Diese Empfehlungen repräsentieren die Stimme der Konferenzteilnehmer und der Bürger, die am DECIDE Projekt beteiligt sind, die ihre Vision eines widerstandsfähigeren, transparenteren und demokratischeren europäischen Informationsraums durch Dialog, Erfahrungsaustausch und gemeinsame Reflexion formuliert haben.

Das Dokument ist nicht nur eine Analyse der Herausforderungen, sondern **ein konkreter Beitrag der Bürger zur europäischen Debatte über zukünftige Politiken**, mit dem Ziel, das Vertrauen, die Meinungsfreiheit und eine informierte Teilhabe an demokratischen Prozessen zu stärken.

Finanziert von der Europäischen Union. Die geäußerten Ansichten und Meinungen sind jedoch ausschließlich die der Autoren und spiegeln nicht notwendigerweise die Ansichten und Meinungen der Europäischen Union oder der Europäischen Bildungs- und Kulturbehörde (EACEA) wider. Weder die Europäische Union noch die Förderbehörde können dafür verantwortlich gemacht werden

u ime obitelji

World Youth Alliance Southeast Europe

PLATTFORM CHRISTDEMOKRATIE

ATEITININKAI